

Bewegung der Blockfreien Staaten + G77 versus G7+NATO+OECD+Weltwirtschaftsforum

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Lynn Fries (LF): Hallo und herzlich willkommen. Ich bin Lynn Fries, Produzentin von Global Political Economy oder GPENewdocs. In diesem Beitrag berichtet unser Gast Jomo K. S. über einige wirtschaftspolitische und entwicklungspolitische Themen. Jomo K. S. ist ein bekannter malaysischer Wirtschaftswissenschaftler und leitender Berater am Khazanah Research Institute. Er ist ein angesehener Akademiker und ein erfahrener Diplomat, der hochrangige Positionen bei den Vereinten Nationen in Rom und am UN-Hauptsitz in New York innehatte. Insbesondere war er stellvertretender Generaldirektor für wirtschaftliche und soziale Entwicklung bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation in Rom und stellvertretender Generalsekretär für wirtschaftliche Entwicklung bei der UN DESA [Hauptabteilung Wirtschaftliche und Soziale Angelegenheiten der Vereinten Nationen] in New York. Neben zahlreichen anderen Auszeichnungen wurde er mit dem Leontief Prize for Advancing the Frontiers of Economic Thought ausgezeichnet. Willkommen Jomo.

Jomo K. S. (JKS): Vielen Dank, Lynn.

LF: Bei einer Veranstaltung von International Development Economics Associates sprachen Sie kürzlich über die Politik der USA, die Ihrer Meinung nach die Welt in Krieg und Depression treibt. Was sind einige der Kernpunkte, die Sie in diesem öffentlichen Vortrag vermitteln wollten?

JKS: Ich denke, es liegt im Interesse aller Menschen, sowohl in den reichen Ländern als auch in den Entwicklungsländern, die wirklich existenziellen Bedrohungen zu erkennen, denen wir heute in der Welt ausgesetzt sind. Und diese sind dreifach. Wir haben das langfristige Problem der Nachhaltigkeit. Dem, wie Sie wissen, wird viel mehr Aufmerksamkeit gewidmet, vor allem weil die Herausforderungen durch die globale Erwärmung zunehmend erkannt werden. Aber wir müssen auch zwei weitere Probleme erkennen. Nämlich das einer induzierten tiefen Stagnation und Depression, die die bereits begonnene Regression noch

weiter zurückwerfen würde. Wie Sie aus allen Daten zu den so genannten nachhaltigen Entwicklungszielen entnehmen können, hat es bei den nachhaltigen Entwicklungszielen nur minimale Fortschritte und erhebliche Rückschritte gegeben.

Die Schuld dafür wurde in erster Linie auf die Pandemie geschoben. Ich möchte jedoch die Auswirkungen der Einstellung der quantitativen Lockerungspolitik betonen. Ich würde auf die Rolle des Kalten Krieges hinweisen, der vor mindestens fast einem Jahrzehnt begann. Und ich würde auch darauf bestehen, anzuerkennen, wie die nach der UN-Charta rechtswidrigen Sanktionen einen Großteil der positiven Folgen der Globalisierung wieder rückgängig gemacht haben. Ich meine, die Entwicklungsländer sind im Grunde genommen doppelt benachteiligt worden. Sie wurden in die Globalisierung gezwungen. Sie wurden zur Handelsliberalisierung gezwungen. Sie wurden zur finanziellen Liberalisierung genötigt. Und genau dieser Akt der Öffnung im Bereich des Handels, der Finanzen usw., der in vielen Ländern zu einer De-Industrialisierung geführt hat, der in vielen Ländern zu einer mangelnden Ernährungssicherheit geführt hat, hat sich genau dann gegen sie gewandt, als diese Dinge am dringendsten benötigt wurden.

Wir befinden uns also in einer sehr, sehr schwierigen Situation, insbesondere für die Entwicklungsländer. Aber wie wir sehen können, ist die Lage in den reichen Ländern selbst nicht viel besser. Es muss also ein stärkeres Bewusstsein für die Funktionsweise dieses Systems geschaffen werden. Und wie es funktioniert und sich auf verschiedene Menschen unterschiedlich auswirkt, aber wie dieses ganze System eigentlich zusammenhängt.

LF: Angesichts der existenziellen Bedrohungen, mit denen wir heute in der Welt konfrontiert sind, sagen Sie, dass wir uns alle darüber im Klaren sein müssen, wie das gesamte System miteinander verbunden ist und welche Auswirkungen die Politik der USA in diesem System hat. Sie haben uns ein Bild von der Funktionsweise dieses vernetzten Systems gegeben, das die Entwicklungsländer in eine verwundbare und sehr schwierige Lage gebracht hat. Gehen Sie näher auf Ihre Feststellung ein, wonach die Situation in den reichen Ländern nicht wirklich viel besser ist.

JKS: Ich möchte darauf hinweisen, dass die verschiedenen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte nicht nur für den Rest der Welt problematisch waren; sie waren auch für die USA äußerst problematisch. Und wir alle wissen um die Machtkonzentration in den USA. Und wir wissen auch, dass zum Beispiel die rund ein Dutzend Jahre der so genannten unkonventionellen Politik, die am ehesten mit der so genannten quantitativen Lockerung (QE) in Verbindung gebracht wird, die Produktionskapazitäten der USA nicht verbessert hat. Sie haben die Fähigkeit der USA nicht verbessert, ihre Führungsposition in einer Vielzahl von Technologiebereichen auszubauen. Vielmehr haben sie es anderen ermöglicht, aufzuholen. Nicht nur China, auf das die USA im Moment so fixiert sind, sondern auch andere Länder.

Wir haben es also mit einer Wohlstandsillusion zu tun, die durch die sogenannte Finanzialisierung gefördert wird und den Eindruck von Wohlstand erweckt, der jedoch nicht auf einer realen Wirtschaft beruht. Und so erleben wir zunehmend einen Kampf, der versucht, viel mehr Wohlstand durch andere Mittel zu sichern. Also nicht durch die Realwirtschaft im üblichen Sinne, sondern durch Elemente wie geistige Eigentumsrechte und dergleichen.

Wem fließen diese Einkünfte zu? In erster Linie denjenigen, die diese Rechte, die Rechte an geistigem Eigentum, kontrollieren, nämlich den Konzernen. Und die Konzerne sind extrem mächtig. Man sollte also wirklich über die Entwicklung des amerikanischen Kapitalismus selbst nachdenken. Dem amerikanischen Industriekapitalismus. Sehen Sie sich an, was mit General Electric passiert ist. General Electric war einst als Hersteller von Konsumgütern bekannt, wohl das größte Unternehmen der Welt. Heute ist es im Wesentlichen ein Finanzkonglomerat mit einem historischen Hintergrund bei elektrischen Konsumgütern. Wenn wir uns zum Beispiel ansehen, was im letzten Jahrzehnt mit QE und Aktienrückkäufen und so weiter und so fort geschehen ist. All dies hat zweifellos eine große Anzahl von Menschen bereichert. Aber ich denke, es wäre weit hergeholt zu behaupten, dass die Realwirtschaft und die technologische Führungsrolle Amerikas in dieser Zeit gestärkt wurden. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. Und genau das ist die aktuelle Krise, vor der wir stehen.

Folglich befindet sich der amerikanische Kapitalismus im Niedergang, nicht so sehr, weil andere ihn eingeholt haben oder dabei sind, ihn einzuholen, sondern weil er sich verschlechtert hat. Und dafür muss man sich die nationale Führung der letzten Jahrzehnte ansehen. Und wer für die Wirtschaft sprach, wer für das Kapital sprach, hat sich zunehmend von der Realwirtschaft in die Finanzwelt verlagert.

LF: Von den Problemen der induzierten tiefen Stagnation und Depression und der langfristigen Nachhaltigkeit sprechen wir jetzt darüber, wie die US-Politik die Welt in den Krieg treibt.

JKS: Ich denke, wie auch das Bulletin of Atomic Scientists und viele andere, die diese Entwicklung viel genauer verfolgen als die meisten von uns, ist die Kriegsgefahr sehr, sehr real. Aus einer ganzen Reihe von Gründen, mit denen viele Menschen zunehmend vertraut sind. Aber die Art der Rhetorik, die Art des Verhaltens, die als diplomatisches Verhalten angesehen wird, lässt den Eindruck entstehen, dass die Diplomatie in den Hintergrund getreten ist. Es gibt keinen Platz mehr für Diplomatie.

Sehr oft sind es nicht unbedingt die Generäle, die auf einen Krieg drängen. Es ist das, was einige Leute in Amerika als „chicken hawks“ bezeichnen würden. Wie dem auch sei, wir sehen zum Beispiel enorme Möglichkeiten für die Stärkung des militärisch-industriellen Komplexes, vor dem Präsident Eisenhower gewarnt hat, so dass die Möglichkeit eines Krieges auf westlicher, amerikanischer Seite sehr real ist. Aber auch auf russischer Seite ist

sie sehr real. Man muss bedenken, dass die russische Wirtschaft in den drei Jahren nach dem Ende der Sowjetunion um die Hälfte zusammengebrochen ist. Um die Hälfte eingestürzt, das muss ich betonen. Ich will nicht mit dem Finger auf jemanden zeigen und sagen, wer daran Schuld ist, aber sie ist um die Hälfte zusammengebrochen.

Und es dauerte mehr als ein paar Jahrzehnte, bis die Russen ihre Wirtschaft wieder aufgebaut hatten. Jetzt sind sie also wieder da, wo sie damals waren. Das stimmt. Und sie waren nicht in der Lage, ein neues, für diese Zeit angemessenes Militärarsenal zu erwerben. Sie befinden sich in einer Situation, in der sie die Überbleibsel aus der späten Sowjetzeit zur Verfügung haben. Und das ist alles, was sie besitzen. Und was war das? Das war im Wesentlichen eine Zeit, in der ein nuklearer Wettlauf stattfand, hin zu dem, was man MAD nannte, Mutually Assured Destruction oder zu deutsch Gleichgewicht des Schreckens. So sah die Situation aus.

Schauen Sie sich doch einmal an, was in der Ukraine passiert. Wenn Russland Drohnen erwerben will, muss es sich ausgerechnet an den Iran wenden. Es handelt sich um das Russland, über das wir hier sprechen. Die russische Wirtschaft ist weniger als 10 % so groß wie die US-Wirtschaft. Es ist also nicht annähernd gleich groß. Aber zu Zeiten der Sowjetunion kam es der Parität nahe. Und das ist das Arsenal, über das es verfügt. Wenn man also Russland unter Druck setzt und es auf nichts anderes zählen kann, nicht einmal auf China, was einige dieser Dinge betrifft, was wird es dann tun? Es wird auf das zurückgreifen, was es hat, nämlich sein Atomwaffenarsenal. Und das ist meiner Meinung nach eine sehr, sehr große Gefahr. Und deshalb war die Bedrohung Russlands in den letzten drei Jahrzehnten ein sehr, sehr gefährliches Spiel. Und ich vermute, ich habe keine Beweise dafür, dass Putin nicht glaubt, dass irgendein Nachfolger von ihm in der Lage sein wird, mit diesem Problem umzugehen. Und er fühlte sich dazu verpflichtet.

Aber man sollte auch nicht vergessen, dass es nicht Putin war, der in den östlichen Teil der Ukraine einmarschieren wollte. Es war die russische Duma, das russische Parlament, das die Resolution verabschiedete, in der Putin aufgefordert wurde, dies zu tun. Es handelt sich also um eine sehr komplexe Situation, die wir zu sehr auf das Ungeheuer Wladimir Putin verkürzt haben. Aber es ist eine sehr, sehr komplexe und sehr gefährliche Situation, gerade weil wir uns mit Karikaturen beschäftigen, anstatt zu versuchen zu verstehen, wie gefährlich und instabil die gegenwärtige Situation ist.

Ich bin also sehr besorgt über den Krieg. Und deshalb bestehe ich auf Pazifismus. Und die Entwicklungsländer im Allgemeinen und die blockfreien Staaten im Allgemeinen haben verstanden, dass sie beim besten Willen keine dritte Kraft an der militärischen Front sein werden. Sie haben also ein starkes Interesse daran, diplomatische und andere friedliche Mittel zur Beilegung internationaler Differenzen zu finden. Somit haben sie ein sehr starkes Interesse daran. Und die Entwicklungsländer befinden sich in einer sehr verwundbaren Situation. Vor allem nach dem Ende des Kalten Krieges, als es keinen Anreiz mehr gab, Freunde in den Entwicklungsländern durch Hilfeleistungen usw. zu gewinnen. Die Hilfe für

die Entwicklungsländer ist also zurückgegangen. Und selbst die neuen Zusagen, zum Beispiel in Bezug auf die Klimafinanzierung, sind nicht eingehalten worden. Es gab das Versprechen, die Klimafinanzierung ab dem Jahr 2020 deutlich zu erhöhen. Heutzutage spricht in Europa niemand mehr darüber.

Und was sehen wir dann? Vor fast zwei Jahren gab es das Versprechen, aus der Kohle auszusteigen. Und gleich nach Beginn des Ukraine-Krieges kehrt Deutschland zur Kohle zurück. Ich meine, dies ist eine Welt, in der die Entwicklungsländer das Gefühl haben, dass sie kaum eine Stimme haben. Niemand schenkt ihnen viel Aufmerksamkeit. Und dass sie die Opfer dieser sich verändernden internationalen Rivalität sind. Sie haben also ein starkes Interesse daran, weder der einen noch der anderen Seite anzugehören. Sie haben kein besonderes Interesse daran, sich mit Russland, China oder dem Iran zu verbünden. Sie würden es also vorziehen, sich nicht zu verbünden. Und dieser Raum, die Anerkennung eines dritten Raums für Blockfreiheit, ist etwas sehr Wichtiges. Das müssen beide Seiten, die Protagonisten auf beiden Seiten des gegenwärtigen Kalten Krieges, wenn man so will, zu schätzen wissen und anerkennen. Und dies ist besonders wichtig, weil eines der anderen Opfer der unipolaren Welt nach dem Ende des ersten Kalten Krieges der Niedergang des Multilateralismus war. Als ehemaliger UN-Beamter kann ich bezeugen, dass der Multilateralismus seit mehr als drei Jahrzehnten eine sehr, sehr schwierige Zeit durchlebt hat.

LF: Sie meinen, dass die Entwicklungsländer in diesem neuen Kalten Krieg, dem Kalten Krieg 2.0, ein starkes Interesse daran haben, weder dem einen noch dem anderen Lager der internationalen Rivalitäten anzugehören. Glauben Sie, dass dies unter anderem eine demokratisierende Wirkung auf die UN haben könnte?

JKS: Eines der großen Probleme ist meines Erachtens die Frage, woher die Führung kommen soll. Die Führer der Bewegung der Blockfreien Staaten trafen sich zum ersten Mal 1961, aber es gab bereits vorher einen Präzedenzfall in Bandung im Jahr 1955. Heute gibt es in der Welt keine solchen Führungskräfte mehr. Und das ist äußerst problematisch.

Aber gerade deshalb lassen sich viel demokratischere Regelungen für eine neue blockfreie Bewegung von Staaten mit Menschen aus relativ kleineren Ländern treffen. Denken Sie zum Beispiel an den Premierminister von Barbados. Und nehmen Sie einige der anderen Personen, die in diesen schwierigen Zeiten eine außergewöhnliche Führungsrolle übernommen haben. Wir hätten viel mehr partizipatorische und demokratische Vereinbarungen innerhalb der Bewegung der Blockfreien Staaten. Dies würde wiederum Einfluss auf die Vereinten Nationen haben.

LF: Was die Bemühungen um eine Demokratisierung der UN angeht, was sagen Sie zu der Abschaffung der Mittel für den Multilateralismus? Mit anderen Worten: Sehen Sie darin ein ernsthaftes Problem für die demokratischeren Gremien innerhalb der UN?

JKS: Ja. Das ist ein sehr großes Problem, bei dem eine Organisation nach der anderen innerhalb des UN-Systems - und ich spreche hier von der Weltgesundheitsorganisation, der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation, der UNIDO und so weiter - mit einer Situation konfrontiert ist, in der sie, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen, keine Mittel mehr erhalten und nicht mehr arbeiten können. Und Sie wissen, dass dies zu einem Muster geworden ist. So haben sich zum Beispiel die USA, das Vereinigte Königreich und einige andere Länder aus der UNIDO, der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung, zurückgezogen. Und eine ganze Reihe anderer Institutionen wurden von den reichen Ländern als Geiseln genommen. Das hat dazu geführt, dass viele dieser Institutionen sehr, sehr unterfinanziert sind. Und die Mitgliedsstaaten selbst sind mitschuldig, weil sie nicht bereit sind, alternative Finanzierungsmöglichkeiten zu finden. Also gehen die Organisationen alle möglichen Kompromisse ein. So haben wir eine Situation, in der es den mächtigen Konzerninteressen gelungen ist, dies auszunutzen und ihre Agenda einzuschleusen.

LF: Und um ihre Agenda zu fördern, bedienen sich die mächtigen Konzerninteressen bevorzugt von Multi-Stakeholder-Vereinbarungen im Stil des Weltwirtschaftsforums. Daher ist es nicht überraschend, dass das WEF in dem von den USA geführten Großmachtblock gelistet ist, den Sie in Ihrem Vortrag präsentieren. Ich denke dabei an Ihr visuelles Beispiel der NAM 2.0 (Non-Aligned-Movement/Bewegung der Blockfreien Staaten) plus G77. Also die derzeitigen blockfreien Staaten plus die Gruppe der Entwicklungsländer gegenüber G7+NATO+OECD+WEF.

In Bezug auf diesen großen Machtblock möchte ich kurz anmerken, dass diese WEF-ähnlichen Multi-Stakeholder-Vereinbarungen die Konzerne in den Mittelpunkt der Entscheidungsfindung über öffentliche Güter und Ressourcen stellen. Daher ist es nicht allzu schwer zu verstehen, warum sie so gut finanziert sind. Und warum Konzerne und andere elitäre Interessen, die der Öffentlichkeit gegenüber nicht rechenschaftspflichtig sind oder von ihr gewählt werden, darin ein wirksames Mittel finden, um ihre Agenda in einem Sektor nach dem anderen voranzutreiben.

Außerdem, warum Menschen in einem Sektor nach dem anderen, von Lebensmitteln und Landwirtschaft bis hin zu Big Tech, Gesundheit, Umwelt, Bildung, was auch immer, breit angelegte Koalitionen wie z.B. die *People's Working Group on Multistakeholderism*, dies als die Übernahme der Global Governance durch Konzerne bezeichnet haben.

Von besonderer Bedeutung für die heutige Diskussion, in diesem Fall in Bezug auf die G7 und die OECD, ist eine preisgekrönte Studie, die im Jahr 2000 von John Braithwaite und Peter Drahos veröffentlicht wurde, die ich kurz zitieren möchte. Ich beziehe mich auf ihre Erörterung des „forum-shifting“ in Kapitel 24 ihres Buches *Global Business Regulation* (Das Buch kann [online heruntergeladen](#) werden). Es geht um die Frage, wie die USA nach dem Zweiten Weltkrieg reagierten, als sie nicht in der Lage waren, eine multilaterale Einigung

über ihre Wünsche zu erzielen, so dass sie im multilateralen Abstimmungssystem der UN (ein Land - eine Stimme) nicht genügend Stimmen erhielten. Oder umgekehrt, wie die USA reagierten, als eine multilaterale Einigung über die von ihnen nicht gewünschten Punkte erzielt wurde. Ein herausragendes Beispiel für letzteres war die Verabschiedung der Erklärung über die *Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung* durch die UN-Generalversammlung 1974, wobei die UNCTAD als technischer Berater fungierte.

Braithwaite und Drahos berichten, wie die USA und andere Großmächte in den 1970er Jahren reagierten. In Kapitel 26 schreiben sie unter der Überschrift *Recapturing the Sovereignty of the People*: „...als die UNCTAD zu einer wirklich demokratischen Kraft für eine neue internationale Wirtschaftsordnung wurde (in der die Entwicklungsländer ihre zahlenmäßige Überlegenheit nutzen konnten, um Stimmen zu gewinnen). Sie richteten die G-7 ein, um die wichtigsten koordinierenden Entscheidungen über die internationale Wirtschaftsordnung zu treffen, verlagerten die Handelspolitik auf das GATT und die Investitions-, Steuer- und Wettbewerbspolitik auf die OECD und festigten die G-10 als das dominierende Forum für das Bankwesen. Währenddessen verkümmerte die UNCTAD zu einer Gesprächsrunde mit schwindendem Budget und Einfluss. Dies ist die Lektion von Kapitel 24 über forum-shifting als grundlegende Strategie potenter Akteure.“

Die UN-Generalversammlung hat seitdem große Anstrengungen zur Verbesserung ihrer Rolle als wirklich demokratisches Forum unternommen. In Anbetracht Ihrer direkten Beteiligung möchte ich eine solche Anstrengung im Jahr 2008 anführen. Damals setzte der Präsident der UN-Generalversammlung eine hochrangige Kommission ein, die Reformen für das Weltfinanzsystem vorschlagen sollte, um eine Finanzkrise wie die von 2007-2008 zu verhindern. Sie waren nicht nur Mitglied dieser Expertenkommission unter dem Vorsitz von Joseph Stiglitz, sondern auch Berater des Präsidenten der UN-Generalversammlung in Ihrer Funktion als stellvertretender UN-Generalsekretär für wirtschaftliche Entwicklung bei UN DESA. Als altgedienter Diplomat in der Welt des Multilateralismus könnten Sie uns vielleicht helfen, all dies in der Gegenwart zu verstehen.

JKS: Die Vereinten Nationen werden leider weiterhin in der Gefangenschaft der Großmächte bleiben. Aber insofern, als sie eine moralische Kraft darstellen, können sie in einer außergewöhnlichen Zeit eine Führungsrolle übernehmen. Die von Ihnen erwähnte Periode, Lynn, ist also eine sehr wichtige Phase. Denn im Jahr 2008 konnten die Vereinten Nationen gerade deshalb eine Reihe wichtiger Entscheidungen beeinflussen. Aber das lag vor allem an den Freunden der UN, zu denen damals auch Großmächte gehörten. Diese Großmächte, die besondere Gründe hatten, uns zu bevorzugen und sich uns zuzuwenden, ermöglichten uns diese Art von Einfluss, der wichtig war.

Und so konnten wir zum ersten und vielleicht zum letzten Mal für einige Zeit die Diskussion beeinflussen. Unser Slogan eines Global Green New Deal als Mittel zur Bewältigung der Krise wurde weitgehend aufgegriffen. Ich erinnere mich noch daran, wie Premierminister Gordon Brown den Generalsekretär anrief und sagte, er wolle mit dem Generalsekretär über

seine Meinung sprechen [nicht hörbar] und so weiter. Und wir waren in der Lage, den Diskurs zu gestalten. Leider war Gordon Brown, wie wir wissen, sehr erfolgreich bei der Geldbeschaffung. Aber das meiste davon ist, wie wir wissen, in die Stärkung des IWF geflossen. Und zwar nicht einmal, um den Entwicklungsländern zu helfen, sondern um den PIGS (Portugal, Italien, Griechenland, Spanien) zu helfen, die zu Beginn des letzten Jahrzehnts mit ihren eigenen Problemen zu kämpfen hatten.

Wir befinden uns also in einer Situation, in der Fortschritte natürlich nie einfach zu erzielen sind, aber das war wichtig. Sehr wichtig war auch, dass einige der Probleme der Finanzialisierung erkannt wurden. Und das System der Vereinten Nationen, einschließlich der Kollegen bei der UNCTAD und anderen, erkannte dies, und wir waren in der Lage, die Diskussionen und einige dieser Entscheidungen zu beeinflussen. Leider erwies sich dieser Moment als recht flüchtig. Ich wurde darüber informiert, dass die Vereinten Nationen zwar immer noch viele Lippenbekenntnisse ablegen, aber bei diesen Diskussionen nicht wirklich mit am Tisch sitzen.

Aber Ihr Punkt zur Schaffung der G7. Wie Sie sich erinnern, war es die G5, die gegründet wurde. Und um die Anglophone Seite der G5 zu stärken, wurden Kanada und Australien hinzugefügt. Und so wurde daraus die G7. All dies war also zu einem bestimmten Zeitpunkt sehr wichtig. Aber allein die Tatsache, dass es notwendig war, die G7 zu gründen, zeugt in gewisser Weise von der Bedeutung des Jahres 1974 und der Neuen Internationalen Wirtschaftsordnung. Viele Jahre später, als sich die globale Finanzkrise ereignete, wurde, wie Sie wissen, auch der Status der G20 aufgewertet. Die G20 trafen sich zum ersten Mal auf Gipfebene und nicht mehr nur unter den Finanzministern wie zu Beginn.

Der Weg des Fortschritts ist niemals geradlinig. Er ist zickzackförmig. Es ist ein Schritt vorwärts, manchmal ein Schritt, zwei Schritte rückwärts und zwei Schritte vorwärts, ein Schritt zurück. Aber das liegt leider in der Natur des Fortschritts auf internationaler Ebene, vor allem wenn die Großmächte den Ton angeben. In letzter Zeit hat es einige sehr interessante Entwicklungen gegeben. Dazu gehört zum Beispiel das - meiner Meinung nach zum Teil übertriebene - Gerede über die Entdollarisierung. Und wie die BRICS dies anführen könnten. Man darf nicht vergessen, dass die BRICS ein sich wandelnder Zusammenschluss von Ländern sind. Wir wissen, was mit Bolsonaro passiert ist, als Bolsonaro Präsident war, und so weiter und so fort.

Jetzt gibt es einen Vorschlag, noch mehr Länder einzubeziehen. Und das könnte interessant sein. Aber schon allein die Tatsache, dass eine Organisation aus relativ großen Ländern besteht, schließt die kleineren Länder im Grunde aus. Dies wird wahrscheinlich zu einer gewissen Entfremdung und Spaltung unter den Entwicklungsländern führen. Deshalb halte ich es für wichtig, dass die Bewegung der Blockfreien Staaten auf einer neuen Grundlage wieder zusammenkommt. Auf einer pazifistischen Grundlage und auf einer Grundlage, die anerkennt, dass wir uns nicht in einer Situation befinden, in der wir ideologische und

politische Auseinandersetzungen des ersten Kalten Krieges austragen. Vielmehr befinden wir uns in einer Schlacht um die Zukunft der Menschheit selbst. Um die Fähigkeit der Menschheit zu überleben, nicht nur im Sinne der Nachhaltigkeit, sondern auch im Sinne der Vermeidung von Krieg und der Stärkung der Institutionen zur Vermeidung von Krieg.

LF: Neben der Stärkung der UN als Institution zur Vermeidung von Kriegen möchte ich kurz auf Ihre Gedanken zur Stärkung der UN als Institution zur Vermeidung der anderen großen existenziellen Bedrohung der Menschheit, des Klimawandels, eingehen. Wie Sie bei Ihrer Ansprache sagten, wird dem langfristigen Problem der Nachhaltigkeit aufgrund der zunehmenden Anerkennung der globalen Erwärmung viel mehr Aufmerksamkeit geschenkt.

Ich möchte speziell auf die Frage der langfristigen Nachhaltigkeit in Bezug auf Lebensmittel und Landwirtschaft eingehen, da das derzeitige System wesentlich zu den weltweiten Treibhausgasemissionen beiträgt. Und da dies ein Fachgebiet ist, in dem Sie viel Erfahrung haben. In Ihrer hochrangigen Position bei der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen in Rom, der FAO, und bis heute als Mitglied des IPES-Sachverständigenremiums für Lebensmittel, waren Sie ein wichtiger Verfechter der Agrarökologie. Die Argumente für die Agrarökologie sind, so wie ich sie verstehe, ziemlich überzeugend. Kurz gesagt, die agrarökologisch ausgerichteten Landwirtschafts- und Lebensmittelsysteme sind eine Win-Win-Win-Situation, wenn es um die langfristige Nachhaltigkeit der Umwelt, der Lebensmittelproduktion und der Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen auf der ganzen Welt geht. Vor allem für die Menschen in den Entwicklungsländern, die sich, wie Sie bereits erläutert haben, in einer sehr schwierigen Situation befinden. Was in all dem sehr deutlich zum Ausdruck kommt, ist Ihre Position, dass der Agrarökologie eine führende Rolle bei der Festlegung der Agenda für die Zukunft der Ernährung bei der UN zukommen sollte. Was ist Ihrer Meinung nach momentan notwendig, um die Entwicklung in diese Richtung zu lenken?

JKS: Ich denke, eine der größten Herausforderungen für die Zukunft der Agrarökologie ist die Umsetzung dessen, was man mit dem IPCC gemacht hat. Der IPCC, seien wir ehrlich, erstellt Dokumente, die kompromittiert sind. Kompromittiert in dem Sinne, dass diejenigen, die sehr besorgt sind, zum Beispiel über die Wahrscheinlichkeit, dass wir die Obergrenze von 1,5 Grad Celsius, die das UNFCCC festgelegt hat, innerhalb einiger Jahrzehnte überschreiten werden. In Ordnung.

Es besteht also eine echte Besorgnis über diese mögliche Entwicklung, aber wir schaffen den Anstoß nicht. Was der IPCC jedoch erfolgreich getan hat, war die Welt zu warnen. Und da es sich um ein zwischenstaatliches Gremium handelt, stellt sie niemand in Frage. Jeder erkennt an, dass es sich um ein kompromittiertes Dokument handelt, aber seine Glaubwürdigkeit bleibt weitgehend intakt. Und genau das ist es, was wir jetzt brauchen, um die Zukunft der Lebensmittel und der Landwirtschaft zu retten, vor allem aus den Fängen der Agrarkonzerne und der agrochemischen Unternehmen. So würde ich mir einen möglichen Ausweg aus der

jetzigen Misere vorstellen.

Und es bleibt dem Generalsekretär überlassen, ob er diese Art von Führung ausüben wird. Der Generaldirektor der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation ist nicht abgeneigt, aber er möchte die Organisation zusammenhalten.

Deshalb müssen die Regierungsvertreter bei diesen Treffen auf einem zwischenstaatlichen Gremium bestehen und nicht auf einem dieser so genannten Multistakeholder-Arrangements, bei denen die Konzerne einfach die Führung übernehmen, weil sie so viel Kapital mitbringen.

LF: Jomo K. S., vielen Dank.

JKS: Danke, Lynn.

LF: Und von GPENewsdocs in Genf, Schweiz, danke für Ihr Interesse.

ENDE